

Wollen und Können - Gesellschaftliche Partizipation zur Unterstützung des Transformationsprozesses

Vertretung Jordanien



Eine stärkere Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen fördert nicht nur soziale Gerechtigkeit, sondern auch politische Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung. Hierzu bedarf es dem Verständnis und der Anwendung demokratischer Prinzipien.

HERAUSFORDERUNGEN

Jordanien steht vor großen Herausforderungen: In der Politik durch das neue Wahlgesetz von 2016, das ein repräsentativeres und demokratischeres Parlament möglich machen soll, sowie durch das Dezentralisierungsgesetz aus demselben Jahr, das eine Reihe politischer Entscheidungen in die Gouvernements verlagern und die stärkere Einbindung der Bevölkerung zur Folge haben soll. In der Wirtschaft durch die Notwendigkeit, Investitionen in arbeitsintensive Wirtschaftsbereiche sowie eine diversifizierte und v.a. nachhaltige Energieversorgung unter Nutzung vorhandener natürlicher Ressourcen zu fördern. In der Bildung durch die bessere Vorbereitung junger Menschen auf den Arbeitsmarkt, d.h. die Reform der Schul- und Hochschulbildung sowie eine stärkere Förderung der beruflichen Bildung. Darüber hinaus

gilt es die in Jordanien noch immer weitverbreitete 'Culture of Shame' weiter zurückzudrängen.

Die bisherige Praxis, die steigende Arbeitslosigkeit durch die Einrichtung zusätzlicher Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zu bekämpfen, kann sich das Land immer weniger leisten, weshalb der private und informelle Sektor gestärkt werden müssen. Für den Erfolg bereits politischer, wirtschaftlicher und sozialer Reformen ist es notwendig, die Bürger, stärker als bisher, an den entsprechenden Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen. Der Übergang zu einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaft ist möglich, wenn die Bevölkerung zu mehr politischem und sozialem Engagement bereit und in der Lage ist. Die Menschen auf dem eingeschlagenen Reformweg mitzunehmen und sie am Aufbau demokratischer und partizipativer Strukturen teilhaben zu lassen, erfordert das grundsätzliche Verständnis der diesen Strukturen zugrunde liegenden Prinzipien.

LÖSUNGSANSÄTZE

Mit Aktivitäten, die auf die Stärkung der Zivilgesellschaft abstellen und das Ziel verfolgen, die politische Beteiligung sowie das Gemeinwohl fördernde Engagement der Bevölkerung zu erhöhen, unterstützt das Projekt Jordanien Maßnahmen, die einen Beitrag dazu leisten, dass sich die Menschen zu mündigen, selbst- und verantwortungsbewussten Bürgern weiterentwickeln können, die sich nicht nur ihrer Rechte, sondern auch ihrer Pflichten als Staatsbürger bewusst sind. Wo möglich, sollen sie politische Entscheidungsprozesse



Informationsbroschüre anlässlich des neuen Wahlgesetzes 2016



Seminar der Hanns-Seidel-Stiftung zu sozialer Verantwortung



Workshop der Hanns-Seidel-Stiftung zu Identität und Kultur

nicht nur inhaltlich begleiten, sondern sich auch dort einzu-bringen versuchen, wo ihre Interessen betroffen sind. Dazu gehört auch das stärkere Einfordern von Transparenz, was politische Entscheidungen anbelangt.

Im Rahmen von Veranstaltungen werden aktuelle politische Themen verständlich aufbereitet und vermittelt. Dazu gehören auch die Förderung und Gleichstellung von Frauen. Eine weitere wichtige Aufgabe ist es, der Bevölkerung Politik zu erklären und so ihr Interesse dafür zu wecken. In diesem Zusammenhang werden auch die Mitwirkungsmöglichkeiten eines jeden Einzelnen aufgezeigt. Die Einsicht, sich mit eigenen Vorstellungen nicht immer durchsetzen zu können, und die Bereitschaft, andere Standpunkte, wenn nicht zu akzeptieren, so doch zumindest zu tolerieren, wird gleichermaßen gefördert. Der stärkere Einbezug der Menschen in politische Entscheidungsprozesse sowie die stärkere und bessere Vermittlung von Politik in die Gesellschaft hinein sind die geeigneten und v.a. notwendigen Schritte, um demokratisch legitimierte Strukturen dauerhaft zu implementieren.

Weiterführende Informationen:

@ seidelst@go.com.jo
 www.hss.de/jordanien



Mehr Factsheets
finden Sie hier.

Damit Reformen sich positiv entfalten können ist es neben der Forderung nach weitreichenderen Rechte und Entscheidungsbefugnissen für politische Parteien oder demokratisch legitimierten Institutionen auch notwendig, dass die Menschen ein stärkeres Interesse für politische, wirtschaftliche und soziale Themen entwickeln. Das heute stärker als in der Vergangenheit festzustellende 'Wollen' - v.a. bei der jüngeren Bevölkerung, wie man im Rahmen des Arabischen Frühlings gesehen hat - muss mit entsprechendem 'Können' unterlegt werden. Dieses 'Können' setzt 'Wissen' voraus. Wissen über politische und wirtschaftliche Zusammenhänge, über die Abläufe politischer Entscheidungsprozesse und nicht zuletzt über die eigenen Rechte und Pflichten.

Eine der wesentlichen Voraussetzungen für Demokratisierungsbemühungen ist, die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Kontrolle und Bewertung der politischen Leistung aller Institutionen durch die Verwurzelung einer demokratischen Kultur in der Gesellschaft zu stärken.

König Abdullah II. von Jordanien in einem Diskussionspapier 2013

WIRKUNGEN

Das Projekt Jordanien ist seit Ende 2011 unmittelbar auf dem Gebiet der Stärkung der Zivilgesellschaft tätig. In den zurückliegenden fünf Jahren wurde in 38 Veranstaltungen, an denen insgesamt 1.154 Frauen und 1.117 Männer teilgenommen haben, Wissen zu aktuellen politischen Themen vermittelt sowie Möglichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Engagements aufgezeigt. So wurde ein Beitrag zur aktiveren Beteiligung der Zielgruppen, iv.a. junger Menschen und Frauen, zum Wohle der Gesellschaft geleistet. Der angestrebte Bewusstseinswandel braucht Zeit. Signifikante Veränderungen sind eher mittel- und langfristig, denn kurzfristig zu erwarten. Von den am 20. September 2016 stattfindenden Wahlen zum jordanischen Parlament (Unterhaus) verspricht sich das Projekt erste Erkenntnisse in Bezug auf die künftige Ausrichtung seiner Arbeit auf diesem Gebiet. ■

UNSER PARTNER



Arab World Center for Democratic Development UniHRD

Impressum:

Hanns Seidel Stiftung e.V. | Lazarettstr. 33, 80636 München
 Tel. 089/1258-0 | E-Mail: info@hss.de | Online: www.hss.de
 Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
 Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
 Leiterin des IIZ: Dr. Susanne Luther (V.i.S.d.P.)
 Leiter PRÖ / Publikationen: Hubertus Klingsbögl
 Kontakt: iiz@hss.de | Stand: 09/2016